



Torsten Koplín

Parlamentarischer
Geschäftsführer,
Sprecher für Finanz-,
Gesundheits- und
Steuerpolitik

**Noch
Fragen?
Melden Sie
sich gerne!**

Torsten Koplín

Tel. 0395 / 450 483 32

t.koplín@dielinke.landtag-mv.de

www.linksfraktionmv.de

V.i.S.d.P. Iris Groneick
Die Linke Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Gesundheitspolitik

**Gute Zukunft
für die Gesundheit.**

Die Linke

Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Gut, bezahlbar und vor Ort!

Gesundheit ist für uns eine Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge und Grundlage für die Lebensqualität in allen Regionen unseres Landes. Das Wohl der Patient:innen sowie das Gemeinwohl müssen im Gesundheitswesen an erster Stelle stehen.

Gute Zukunft der medizinischen Versorgung!

Um eine qualitativ gute medizinische Versorgung im ganzen Land zu sichern,

- haben wir eine Gesundheitskommission eingesetzt, die prüft, wie die Vorschläge der Enquetekommission umgesetzt werden können.
- haben wir die Grundlagen für eine Landesstrategie für Gesundheitsförderung und Prävention geschaffen.
- darf die Ambulantisierung, also die Vermeidung und Verkürzung von Krankenhausaufenthalten kein Selbstzweck sein, sondern muss sich am Wohl der Patient:innen orientieren.

Krankenhausreform ja, aber Standorte erhalten!

Die Krankenhausversorgung und -finanzierung muss neu aufgestellt werden. Alle Standorte sollen erhalten bleiben, werden aber nicht mehr alle bisherigen Leistungen erbringen.

Der ökonomische Druck auf medizinische Behandlungen muss beseitigt, die Ausbildung und Finanzierung des notwendigen Fachpersonals gesichert werden.

Die Einführung der Gewinnerzielungsmöglichkeit und der Fallpauschalen waren falsch und sind gescheitert. Sie haben die Profitgier im Gesundheitswesen befördert, die Krankenhäuser zu Unternehmen gemacht und unter finanziellen Druck gesetzt. Patient:innen und das Personal bleiben dabei auf der Strecke. Darum ist eine grundlegende Krankenhausreform notwendig.

Deshalb fordern wir, dass:

- die künftige Krankenhausversorgung den besonderen Anforderungen an ein dünn besiedeltes Flächenland gerecht wird,
- die Krankenhausplanung bei den Bundesländern bleibt und diese ein Mitentscheidungsrecht bei den Mindestbehandlungsmengen bekommen,
- der Personalbedarf ermittelt, die Beschäftigten gut entlohnt und finanziert werden,
- der Bund einen Fonds zur Finanzierung der Krankenhäuser bis zum Inkrafttreten der Reform auflegt oder andere Wege für deren Sicherung findet.

Darüber hinaus fordern wir eine **solidarische Gesundheitsversicherung**, in die alle Bürger:innen einzahlen, und ein Ende der Gewinnerzielung aus dem Betrieb von Krankenhäusern.